**Politik** 

EU-Botschafter über umstrittenen EuGH

# AUSINALIA ist unvorstellbar»

**Petros Mavromichalis spricht Klartext**: Die Rolle des Europäischen Gerichtshofs steht nicht zur Debatte. Brüssel sei der Schweiz beim Rahmenabkommen weit entgegengekommen.

INTERVIEW: CAMILLA ALABOR UND SIMON MARTI. FOTOS: THOMAS MEIER

Vor zwei Wochen haben die EU und die Schweiz nach langer Zeit die Gespräche über das Rahmenabkommen wiederaufgenommen. Bis wann rechnen Sie mit einem Ergebnis?

Petros Mavromichalis: Ich glaube, mit etwas gutem Willen von beiden Seiten sollte eine Lösung innerhalb der nächsten Wochen möglich sein.

Der Bundesrat hat drei Punkte definiert, ohne die ein Abkommen aus seiner Sicht nicht mehrheitsfähig ist: Lohnschutz, Unionsbürgerrichtlinie, staatliche Beihilfen. Ist die EU hier kompromissbereit?

Da, wo es Interpretationsspielraum gibt, bieten wir gerne Hand für Klärungen. Was wir nicht tun werden: die umstrittenen Dossiers nochmals öffnen. Die Verhandlungen sind beendet.

Die Gewerkschaften machen sich Sorgen um eine Aufwei-

#### chung des Lohnschutzes. Ist die EU da zu Konzessionen bereit?

Wir sind auch hier bereit, Zusicherungen zu machen. Aber wir werden nicht auf Punkte wie

die Acht-Tage-Regel zurückkommen, wo bereits Kompromisse gefunden wurden. Aus unserer Sicht sind einige der flankierenden Massnahmen unvereinbar mit dem EU-Recht und den bilateralen Verträgen. Denn sie sind unverhältnismässig.

Weil wir aber wissen, dass der Lohnschutz für die Schweiz wichtig ist, sind wir der Schweiz entgegengekommen.

#### Inwiefern?

Wir akzeptieren eine Voranmeldefrist von vier Tagen für EU-Unternehmen. Vier Tage, das ist immer noch lange genug! Gerade für die Baubranche, wo vieles vom Wetter abhängt und die Planung eng getaktet ist. Auch das heutige System der Kautionen ist unhaltbar.

#### Warum?

**Einige** 

Mass-

sind unver-

einbar mit

**EU-Recht**»

nahmen

Selbst kleinste Firmen müssen eine Kaution von mehreren Tausend Franken überweisen, bevor sie in der Schweiz tätig werden dürfen – alleine des-

halb, weil sie ausländisch sind!

Die Kautionen gibt es aus gutem Grund: Hält sich eine ausländische Firma nicht an Schweizer Recht – etwa indem sie Dumpinglöhne zahlt –, ist es

schwierig, sie dafür zu belangen.

Darum sind wir bereit, Kautionen für jene Firmen zu akzeptieren, die wegen solcher Verstösse verurteilt wurden.

#### Die Schweiz muss also abwarten, bis etwas schiefläuft, bevor sie sich schützen kann?

Wenn Sie davon ausgehen, dass eine Firma kriminell ist, nur weil sie nicht schweizerisch ist, ist das ziemlich beleidigend. In ihrer heutigen Form behindern die flankierenden Massnahmen europäische Firmen darin, ihre Dienstleistungen in der Schweiz anzubieten. Das können wir nicht akzeptieren.

#### Können Sie denn nicht nachvollziehen, dass sich die Schweiz gegen Lohndumping schützen will?

Doch, natürlich. Wir haben in der EU ebenfalls Massnahmen gegen Dumpinglöhne ergriffen. Das Prinzip, worauf sich die Schweiz stützt – gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – gilt auch in der EU. Die eingesetzten Mittel müssen aber verhältnismässig und nicht diskriminierend sein.

Inzwischen dreht sich die Debatte in der Schweiz auch um



#### Fortsetzung von Seite 25

dass das Schweizer Volk zu einer EU-Regel auch Nein sagen kann. Dieses Recht hat kein anderer Staat im Binnenmarkt.

#### Wie reagiert die EU, wenn die Schweiz in Kürze sagen sollte: «Nein, dieses Rahmenabkommen wollen wir nicht?»

Das wäre eine grosse Enttäuschung, viel guter Wille wäre umsonst gewesen.

#### Was genau würde passieren?

Wir würden in der jetzigen Situation stehen bleiben. Es würde keine neuen Marktzugangsabkommen geben und die bestehenden würden nicht mehr aufdatiert.

#### Also in einer Situation, in der die EU die Schweiz piesackt, etwa mit der Nichtanerkennung der Börsenäquivalenz?

Seit 2008 sagt die EU, dass wir ein Rahmenabkommen brauchen - dessen Fehlen hat Konsequenzen. In Notsituationen wie bei der Pandemie arbeiten wir ad hoc sehr gut zusammen. Aber beim Marktzugang braucht unsere Beziehung ein stabiles institutionelles Fundament.

#### Auch die EU hat ein Interesse an guten Beziehungen, nicht nur die Schweiz.

Absolut. Die Schweiz ist ein wichtiger Partner. Wir teilen viele Werte: wir sind dazu verurteilt, uns zu verstehen und das meine ich nicht negativ. Andere Formen der Zusammenarbeit als das Rahmenabkommen würden aber schlechter ausfallen. Das hat Grossbritannien erlebt. Die Briten dachten: Wenn die Europäer ihre BMW und ihren Prosecco auf der Insel verkaufen wollen, geben sie uns alles, was wir wollen. Nein! No. Non. So läuft es nicht.

#### Vergisst man in der Schweizer Diskussion die Perspektive der EU?

Ich habe eher den Eindruck. dass man manchmal vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht. Die Schweiz



Nein

wäre eine

grosse Ent-

täuschung»

sollte auch in Betracht ziehen, wo sie geografisch liegt, mit wem sie Werte und Interessen teilt, wer ihre Freunde sind. Fühlen Sie sich China, den Vereinigten Staaten oder

Russland näher? Für mich ist es offensichtlich: Ich lebe seit fünf Monaten in Bern und fühle mich zu Hause, genauso wie überall in Europa.

Glauben Sie noch an einen Abschluss des Abkommens? Ich glaube und hoffe es.

Sie haben die Briten vorhin als abschreckendes Beispiel erwähnt. Aber London hat nun ein Freihandelsabkommen, ohne

dass der EuGH mitredet. Viele sagen, die Briten haben besser verhandelt und ein

besseres Abkommen bekommen. Das ist nicht der Fall.

#### Warum sollte das nicht stimmen?

Ein Freihandelsabkommen ist

etwas grundlegend anderes als ein Marktzugangsabkommen, so wie es die Schweiz hat. Die Briten zahlen beim Export ihrer Waren keine Zölle und sind an keine Kontingente gebunden. Aber

die grössten Handelsbarrieren sind heutzutage nicht mehr Zölle oder Quoten, sondern Produktzertifizierungen, die Kontrolle von Gesundheitsund Umweltstandards und so weiter. Wegen Verzögerungen an der Grenze können nun die schottischen Fischer ihren Fisch nicht mehr rechtzeitig auf dem Kontinent verkaufen. Das nützt niemandem.



## Gelä

**Die Freunde** des Rahmenabkommens scheinen plötzlich isoliert. Das liegt am Schweigen des Bundesrats - und an neuen, gefährlicheren Gegnern.

REZA RAFI

ls der Gewerkschafter und SP-Nationalrat Corrado Pardini (55) im November 2018 Schulter an Schulter mit Christoph Blocher (80) in der SRF-Sendung «Arena» auftrat und gegen den Rahmenvertrag weibelte, war bei den Sozialdemokraten die Hölle los. Es hagelte Proteste und Parteiaustritte.

Für die Befürworter des institutionellen Abkommens mit der EU war Blocher ein dankbarer Gegner. Der SVP-Patron hatte mit seinem Wirken längst jegliche Bündnisfähigkeit verspielt.

Tempi passati. Die Debatte hat heute nichts mehr mit rechts gegen links oder mit SVP gegen den Rest **zu tun.** Und um das Alphatier aus Herrliberg ist es ruhig geworden; er scheint zuweilen so entrückt wie ein Anker-Gemälde. Die von ihm geschaffene Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) und das Komitee EU-No spielen eine Nebenrolle.

Plötzlich geben andere den Ton an: die drei Gründer des Vermögensverwalters Partners Group um

### **FDP-Paro**

estern Samstag «versammelten» sich die Freisinnigen zu ihrer Delegiertenversammlung - und scheiterten am wichtigsten Traktandum: Die Parolenfassung für die kommenden Volksabstimmungen muss wiederholt werden.

«Leider traten technische Probleme auf. Einige Delegierte konnten sich nicht einloggen oder abstimmen», sagt FDP-Generalsekretärin Fanny Noghero. «Wir müssen absolut sicher sein, dass die Abstim-